

## Die Außenpolitik der Regierung Bush

Mit dem Amtsantritt der neuen Regierung von George W. Bush am 20. Januar 2001 hat auch ein Wechsel in der Philosophie der amerikanischen Außenpolitik stattgefunden. Es ist keine radikale Veränderung – in vielen grundlegenden Bereichen wird die Kontinuität in der Praxis gewahrt bleiben – aber Sprache und Ton werden sich ändern, wie auch die Politik in einigen speziellen Bereichen. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels hat die neue Regierung erst wenige Ankündigungen gemacht oder grundlegende neue Entscheidungen getroffen. Aber wenn man die Positionen der Republikaner und ihre Kritik an der Politik der Clinton-Regierung in der jüngsten Vergangenheit verfolgt hat, kann man schon auf die kommende Richtung schließen.

### Die Philosophie der Parteien

Was ist der Unterschied in der Philosophie der zwei wichtigsten Parteien in den Vereinigten Staaten? Leider wurde der Blick darauf durch Parteirhetorik und Übertreibungen – zu denen auch der Begriff Isolationismus zählt – verstellt. Natürlich verhalten sich die Vereinigten Staaten nicht isolationistisch in dieser Ära nach dem Ende des Kalten Krieges; nicht einmal der viel geschmähte republikanische Kongress kann wirklich so bezeichnet werden. Besonders in Zeiten des Wahlkampfes sollten sich unsere europäischen Freunde nicht von der übertriebenen Rhetorik irreführen lassen, die unsere innenpolitische Debatte kennzeichnet. Bill Clinton war nicht der erste Präsident, der seine Gegner ziemlich ungeniert als „Isolationisten“ bezeichnete, als er bei der Durchsetzung einiger seiner eigenen politischen Ziele unter Druck kam. Der Kongress hat mit mehreren Entscheidungen bewiesen, dass er in den wichtigsten strategischen Fragen international agiert: Unterstützung der NATO-Erweiterung, Zustimmung zu einer starken globalen Position der amerikanischen Streitkräfte und zum freien Handel (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen, Welthandelsorganisation und Meistbegünstigungsstatus für China etc.).

In der eben ausgelaufenen Periode prallten die Clinton-Regierung und der republikanische Kongress nicht als Vertreter von Internationalismus und Isolationismus aufeinander, es war viel mehr ein Internationalismus Wilsonscher Prägung, der auf einen stärker strategisch ausgerichteten Internationalismus traf. Der Name Woodrow Wilson wurde lange Zeit mit einem idealistischen Glauben an multilaterale Organisationen, an Abrüstung und humanitäres Engagement in Verbindung gebracht – dem standen die verachteten Begriffe von roher Machtpolitik, Strategie und nationalen Interessen gegenüber. Aus diesem Blickwinkel ist der anfänglich große Glaube der Clinton-Regierung an die Vereinten Nationen zu sehen (Madeleine Albright bezeichnete diese Politik der Vereinigten Staaten als „ausdrücklichen Multilateralismus“<sup>1</sup>), auch das anfängliche Vertrauen in das internationale Recht, in multilaterale Rüstungskontrolle und humanitäre Militärinterventionen, etwa in Haiti, Somalia, Bosnien oder im Kosovo. 40 Prozent aller Resolutionen im UN-Sicherheitsrat seit 1945 kamen in der Ära Clinton zustande. Bill Clinton hat die eher klassischen geopolitischen Überlegungen als „altes Denken“ abgetan.<sup>2</sup>

---

1 Madeleine Albright: Statement vor dem U.S. House of Representatives. Committee on Foreign Affairs, Subcommittee on International Security, International Organizations and Human Rights. Washington, D.C., 14.6.1993

2 Vgl. Jim Hogland: Russia Into the Vacuum. In: Washington Post, 21.11.1997, S. A27

Als Antwort darauf stellten die Republikaner einen strategischen Ausblick und das Prinzip des nationalen Interesses wieder her. Dies schließt eine eher klassische Einschätzung der Rolle der Macht in dieser Welt ein. Sie haben weniger Vertrauen in multilaterale Institutionen oder internationales Recht, wenn es um Fragen der Aggressionseindämmung oder um Sicherheit geht, speziell bei Staaten wie dem Irak oder dem Iran; aber auch Nordkorea ist immer noch eine Herausforderung. So wichtig auch die Rettung der Ozonschicht ist – vollständig hat sie Sicherheitsfragen noch nicht von Platz eins der internationalen Agenda verdrängen können. Die Regierung Bush wird sich auch kaum wie die Clinton-Regierung für Aktionen der Vereinigten Staaten entschuldigen, wie dies in der Vergangenheit aus strategischen Gründen geschah.

Condoleezza Rice vertritt als Beraterin für Nationale Sicherheit von Präsident Bush im Weißen Haus die Meinung, dass ein Konzept des nationalen Interesses die verlässlichste Basis für eine „disziplinierte und konsistente Außenpolitik“ ist, auf diese Weise würden Prioritäten gesetzt und innenpolitische Unterstützung gesichert.

Das Fehlen eines ‚nationalen Interesses‘ bereitet in einer Demokratie wie der unseren entweder den Boden für jene Gruppen auf, die sich aus der Welt zurückziehen wollen, oder aber es entsteht ein Vakuum, in dem sich temporär Druck und Engstirnigkeit aufbauen.<sup>3</sup>

Das Prinzip des nationalen Interesses könnte zu einer Abnahme idealistischen Eifers führen, aber es könnte auch ein bisschen weniger Selbstherrlichkeit der Amerikaner in ihrem Drang bedeuten, den Rest der Welt zu verbessern. Wilsonismus ist eine Ideologie, und wie die meisten Ideologien beinhaltet er eine umfangreiche Agenda ohne klare Grenzen. In Zeiten, in denen die Vereinigten Staaten die einzige Supermacht sind und es zu Verstimmungen wegen der aktuellen unipolaren Struktur der internationalen Beziehungen kommt, können weit reichende Versicherungen der Vereinigten Staaten – und erschienen sie den Amerikanern noch so selbstlos – von anderen schlicht und einfach als Bestätigung der überproportionalen amerikanischen Macht angesehen werden. Unter diesem Aspekt bedeutet die neue Konzentration auf nationale Interessen ein Prinzip der *Einschränkung* – man konzentriert sich auf begrenzte strategische Interessen, die mit den Interessen und Perspektiven anderer verglichen werden können. Es ist kein Zufall, dass George W. Bush häufig von „Bescheidenheit“ und „Demut“ als wünschenswerten Kategorien in der amerikanischen Außenpolitik gesprochen hat.<sup>4</sup>

Es entspricht auch der Überzeugung der Republikaner, amerikanische Kampftruppen nur bei Operationen einzusetzen, die international gesehen strategisch wichtig sind und dem Erhalt des Machtgleichgewichts in lebenswichtigen Regionen wie Europa, Asien oder am Golf dienen. Es wäre zu begrüßen, wenn die internationale Gemeinschaft andere Möglichkeiten der Zusammenarbeit finden könnte, um die humanitären Krisen zu bewältigen, die wie eine Seuche das abgelaufene Jahrzehnt befallen haben. Die Vereinigten Staaten sollen beim Ausbruch von Krisen weiterhin Hilfe leisten, aber auch andere fähige und gleichgesinnte Nationen könnten die Durchführung internationaler Hilfsaktionen übernehmen. Osttimor könnte dafür ein Modell sein. In der Tat entsteht in dieser Frage in den Vereinigten Staaten ein überparteilicher Konsens.<sup>5</sup> Es besteht die Gefahr, dass sich die Vereinigten Staaten zu sehr verausgaben, wenn ihre Truppen immer die ersten sind, die zu internationalen Krisen gerufen

---

3 Condoleezza Rice: Promoting the National Interest. In: Foreign Affairs, Januar/Februar 2000, S. 46

4 George W. Bush: A Distinctly American Internationalism. Remarks at the Ronald Reagan Presidential Library. Simi Valley, California, 19.11.1999

5 Vgl. den Report of the bipartisan U.S. Commission on National Security/21<sup>st</sup> Century: Seeking a National Strategy: A Concert for Preserving Security and Promoting Freedom. Washington, D.C., 15.4.2000 <www.nssg.gov>, S. 6, 13

werden – auch wenn es sich um Missionen mit stärker humanitärem als strategischem Charakter handelt.

Bekanntlich haben die Republikaner im Kongress eine Reihe von bekannten internationalen Abmachungen nicht unterstützt: das Protokoll von Kyoto, das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CBTB), die Konvention gegen Antipersonenminen und den Vertrag für die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs. An dieser Stelle ist nicht ausreichend Platz, um alle diesbezüglichen Kontroversen zu erläutern. Ich möchte jedoch erwähnen, dass auch die Clinton-Regierung die beiden letztgenannten Dokumente heftig kritisiert hatte und unter den Republikanern auch moderate Abgeordnete, zum Teil ernsthafte und substantielle Einwände gegen diese vier Anträge vorgebracht hatten. Präsident Clinton hielt ohne innenpolitische Rückendeckung an diesen internationalen Verhandlungen fest. Jenseits des Atlantiks könnte sich eine stark veränderte Perspektive entwickeln, die jedoch nicht ausschließlich aus den parteipolitischen Unterschieden in den Vereinigten Staaten heraus zu erklären ist.

Die Republikaner im Kongress sind entschiedene Anhänger des freien Handels. Die Demokratische Partei tritt wesentlich stärker für einen Protektionismus ein. Es wurde noch keine Lösung gefunden, wie man Freihandelsabkommen dazu nutzen kann, Umweltschutzstandards und Arbeitsrechte einzuführen. Aber die Wahlen im November 2000 haben gezeigt, dass Pat Buchanan und Ross Perot völlig an den Rand gedrängt wurden, und wahrscheinlich wird es Ralph Nader, dem Führer der amerikanischen Grünen, ebenso ergehen. Präsident Bush hat bereits angekündigt, dass er eine Erneuerung der so genannten „trade promotion authority“ anstrebt – ein legislatives Mandat für den Präsidenten, Handelsabkommen zu verhandeln, über die anschließend sehr schnell und ohne Abänderung vom Kongress abgestimmt wird.

Bezüglich der Balkan-Krisen waren die Republikaner selbst gespalten. Aber als Senator Robert Dole Mehrheitsführer im Senat war, forderte er eine *durchschlagskräftigere* Politik in Bosnien, als dies die Europäer und die Clinton-Regierung wollten, die für eine Aufhebung des Waffenembargos und für eine Bewaffnung der Bosnier eintraten; das ist wohl kaum ein Zeichen für republikanischen Isolationismus. Schließlich äußerte der Kongress sein Missfallen über die Bosnienpolitik von Clinton, ohne jedoch seine Pläne zu durchkreuzen.<sup>6</sup> Das galt auch für andere Interventionen Clintons: Der Kongress meldete immer wieder Zweifel an, aber sabotierte Clintons Politik nie. Man möge das mit den heftigen Attacken ehemaliger demokratischer Kongresse vergleichen, die mit allen Mitteln daran arbeiteten, die Politik des republikanischen Präsidenten in Indochina und Mittelamerika zu untergraben. Die jüngste Debatte über eine Verringerung der amerikanischen Truppen in Bosnien geht auf einige Äußerungen des im Wahlkampf stehenden George W. Bush zurück und sollte auch in diesem Kontext gewertet werden. Im Laufe des vorigen Jahres setzte sich Gouverneur Bush selbst ein, um einen Antrag der Republikaner abzublocken, der eine Festlegung hinsichtlich der Beendigung der amerikanischen Präsenz in Bosnien festgelegt hätte. Die Amerikaner teilen durchaus die europäischen Hoffnungen, dass gerade in solchen Fällen europäische Streitkräfte eine stärkere Rolle im Rahmen von friedenssichernden Maßnahmen übernehmen werden. Die neue Regierung legt großen Wert darauf, dass alle zukünftigen Fragen hinsichtlich der Verantwortung auf dem Balkan gemeinsam mit den Verbündeten beraten und entschieden werden müssen.

---

6 Vgl. S. Zakheim: Congress and National Security in the Post-Cold War Era. The Nixon Center, Washington, D.C., Oktober 1998, Kapitel 11

Noch aufschlussreicher ist die Debatte über die NATO-Erweiterung, die 1997/98 in Amerika geführt wurde. Die Idee der NATO-Erweiterung wurde 1994/95 geboren und stammte eigentlich von republikanischen Kongressabgeordneten (auch diese Idee kann man nur schwer als isolationistisch bezeichnen), sie erhielt bald die Unterstützung beider Parteien. Aber die erste Aufnahmewelle sorgte 1997/98 für eine große nationale Debatte, und die Argumente zeigen die philosophischen Unterschiede zwischen den beiden Parteien. Die Clinton-Regierung betonte Themen im Sinne Wilsons die positive Bedeutung der NATO-Erweiterung für Demokratie und ethnische Harmonie und auch für Russland. In einer Rede zählte Präsident Clinton 1997 die Argumente auf, weshalb er die NATO-Erweiterung für notwendig hielt:

- um bei lokalen Konflikten, die „den allgemeinen Frieden gefährden“, eingreifen zu können (wie in Bosnien),
- um die „historischen Siege der Demokratie“ in Mittel- und Osteuropa abzusichern,
- um „zukünftige Mitglieder zu ermutigen, ihre Konflikte auf friedlichem Wege zu lösen“, und
- um die künstliche Linie auszulöschen, die Stalin durch Europa zog. Europa soll „in Sicherheit vereint und nicht in Instabilität getrennt sein“. Zur Erreichung dieser Ziele sollen PfP und spezielle Abkommen mit Russland und der Ukraine herangezogen werden.<sup>7</sup>

Die Republikaner stimmten diesen Zielen zu. Aber sie bestanden darauf, in der Resolution des US-Senates, die begleitend den Rat und die Zustimmung zur Ratifikation der NATO-Erweiterung beinhaltet, das *strategische* Grundprinzip dieses Unternehmens zu unterstreichen. Diese Resolution sagt unumwunden, dass „die NATO vorrangig und vor allem eine militärische Allianz ist“. Die NATO hat eine Reihe von festgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen, an erster Stelle steht die Verhinderung „eines neuerlichen Machtkampfes um die Hegemonie in Europa“.<sup>8</sup> Ob die Argumente nun stärker strategisch ausgerichtet oder im Sinne Wilsons formuliert sind – fest steht, dass die Vereinigten Staaten ein Macht in Europa bleiben wollen, darin sind sich beide Parteien einig.

## Besondere Anliegen

Präsident Bush hat häufig von der zentralen Bedeutung der **Bündnisse** für die Vereinigten Staaten gesprochen. In seiner wichtigsten Wahlkampfrede hat er seine „Prioritäten“ aufgezählt und an erster Stelle stand: „Ein amerikanischer Präsident sollte mit unseren starken demokratischen Verbündeten in Europa und Asien zusammenarbeiten, um den Frieden weiter auszubauen.“<sup>9</sup> Präsident Clinton hielt einmal vor dem Kongress eine Rede zur Lage der Nation, dabei ging er auf außenpolitische Themen ein, ohne auch nur einmal die amerikanischen Bündnisse zu erwähnen.<sup>10</sup> Republikanische Präsidenten behandeln diese Bündnisse üblicherweise als Eckpfeiler der amerikanischen Außenpolitik, auch darin erkennt man die strategisch ausgerichtete Sichtweise. Was die amerikanische Politik in Ostasien und im pazifischen Raum betrifft, so müssen nach Ansicht von Bush unsere traditionellen Verbündeten Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland, Thailand und die Philippinen weiterhin die zentrale Rolle spielen und nicht China – so wichtig China auch sein mag. In Europa bleibt natürlich die Nordatlantische Allianz der Eckpfeiler der amerikanischen Politik,

---

7 Bill Clinton: Remarks at the United States Military Academy commencement, 31.5.1997

8 Protokolle zum Nordatlantikvertrag von 1949 anlässlich der Aufnahme von Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik. Resolution zur Ratifikation. 4. 5.1998. Congressional Record, S. 4217–4220, besonders Section 3

9 George W. Bush: Remarks at Reagan Library

10 Bill Clinton: Rede vor beiden Häusern des Kongresses zur Lage der Nation, 27.1.2000

sie bleibt auch weiterhin das Zugpferd für das Engagement der Amerikaner in Europa. Die Bündnisverpflichtungen schließen nicht jeden politischen Disput aus, aber es ist bemerkenswert, dass sie eine so große Bedeutung in der Argumentation der neuen Regierung haben.

Wenn man berücksichtigt, welche zentrale Rolle die NATO in der **Europapolitik** Amerikas spielt, darf es nicht verwundern, dass die Regierung Bush ihre Sorge zum Ausdruck gebracht hat, die Bildung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) innerhalb der EU könnte den Zusammenhalt der Allianz schwieriger gefährden. In dieser Hinsicht folgt die neue Regierung der vorangegangenen. Die amerikanische Politik befürwortet die ESVP bedingt. In anderen Worten: Wie die vorangegangene Regierung bringen auch die Bush-Mitarbeiter gegenüber der EU ihre Unterstützung für diese Bemühungen zum Ausdruck, aber gleichzeitig melden sie ihre Besorgnis in einigen Punkten an: Man möchte Duplizitäten in der Planung ebenso vermeiden wie die Diskriminierung von Verbündeten, die keine EU-Mitglieder sind, auch sollen Veränderungen verhindert werden, die die Einsatzfähigkeit und Einheit der NATO beeinträchtigen könnten. Die Regierung Bush ermutigt die Europäer hinsichtlich des Aufbaus von Realressourcen, um über militärische Fähigkeiten zu verfügen, die dann den Anforderungen der neuen Institutionen gerecht werden.

Wie ihre Vorgängerinnen unterstützt die Regierung Bush die Aufnahme der neuen demokratischen Staaten Mittel- und Osteuropas in die nordatlantische Allianz. Im Jahr 2002 muss die Allianz eine Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder treffen. Es gibt noch keine klaren Hinweise, für welche Kandidaten die Vereinigten Staaten stimmen werden, obwohl die baltischen Staaten natürlich viel politische Unterstützung haben. Auf jeden Fall bleibt das amerikanische Engagement für eine NATO-Erweiterung ein überparteiliches Anliegen; es ist nicht nur ein Zeichen für eine fortschreitende demokratische Entwicklung, sondern auch ein strategisches Bekenntnis zu einer starken amerikanischen Präsenz im Herzen des Kontinents.

Ein sehr kontroverses Thema in der Politik von George W. Bush ist die Entscheidung für die Entwicklung einer **Raketenabwehr**. Die amerikanische Regierung versuchte in intensiven Konsultationen die Bedenken der Verbündeten in Europa und Asien zu zerstreuen. (Interessanterweise werden derartige Sorgen in Asien wesentlich seltener geäußert, wo sich die Staaten stärker durch Raketen bedroht fühlen.) Es muss hier aber betont werden, dass in dieser Frage die amerikanische Motivation ganz woanders liegt, als es in vielen Karikaturen dargestellt wird. Die Vereinigten Staaten haben kein isolationistisches Interesse, wenn es um die Frage der Raketenabwehr geht, sie wollen keine „Festung Amerika“, sondern gerade das Gegenteil. Die Amerikaner fürchten, dass feindliche Mächte in vielen unruhigen Regionen der Welt, wo die Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle als Beschützer der Verbündeten und Freunde spielen, innerhalb kürzester Zeit Marschflugkörper ansammeln, um eine amerikanische Intervention in einer Regionalkrise zu verhindern. Diese Ansammlung von Kurzstreckenraketen soll bei Angriffen auf amerikanische Streitkräfte, Verbündete und Freunde zum Einsatz kommen; in einigen Fällen handelt es sich sogar um Langstreckenraketen, die die Vereinigten Staaten erreichen können. Genau in dieser geopolitischen Rolle, die es in entscheidenden Regionen der Welt spielt – im Fernen Osten, im Nahen Osten und am Persischen Golf –, wird Amerika durch die Weiterverbreitung von Marschflugkörpern herausgefordert.

Nun zur Situation in Europa: Hier werden gelegentlich Ängste geäußert, dass die amerikanische Raketenabwehr zu einer „Entkoppelung“ der Sicherheit Amerikas von der Europas führen würde. Aber die Vereinigten Staaten werden eher dann ihren Verbündeten und Freunden zu Hilfe kommen, wenn sie sich selbst gegen Raketenangriffe besser abgesichert fühlen. Die amerikanische Schirmherrschaft über Europa in Form einer „erweiterten Abschreckung“ wird eher verstärkt als abgeschwächt. Außerdem wird die

Regierung Bush eher als die Clinton-Regierung darauf vorbereitet sein, eine Diskussion darüber zu führen, wie man Europa selbst vor drohenden Raketenangriffen schützen kann, die vielleicht von Regionen ausgehen, die wesentlich näher an Europa als an den Vereinigten Staaten liegen.

Man kann das Interesse der Vereinigten Staaten an einer Raketenabwehr schwerlich als Beispiel für eine „überholte Mentalität aus dem Kalten Krieg“ bezeichnen, wie dies manchmal getan wird. Im Gegenteil, es ist ein Beweis des internationalen Engagements Amerikas im strategischen Umfeld *von heute*. Die Fakten fordern die Entwicklung eines Raketenabwehrsystems, das für die Vereinigten Staaten militärische und technologische Priorität hat.

Was die Beziehungen zum **Irak des Saddam Hussein** betrifft, so könnten die Vereinigten Staaten einen neuen Anlauf in zweierlei Hinsicht versuchen: Der Konsens mit den Verbündeten sollte verstärkt werden und der Druck auf das irakische Regime zunehmen. Die Regierung Bush ist sehr besorgt, dass die Restriktionen, die dem Irak nach dem Golfkrieg von 1991 durch den UN-Sicherheitsrat auferlegt worden waren, keine Wirkung mehr haben. Auf der einen Seite sucht man nach Unterstützung für wirtschaftliche Sanktionen durch die Vereinten Nationen, auf der anderen Seite ist klar, dass der Irak entschlossen ist, weiterhin in den Besitz von Waffen zur Massenvernichtung zu kommen. Daher hält die Regierung Bush dieses Regime für eine der stärksten Bedrohungen für den Weltfrieden und für die vitalen Interessen der westlichen Staaten. Es besteht ein überparteilicher Konsens in den Vereinigten Staaten, dass nur ein Wechsel im irakischen Regime langfristig Sicherheit bieten kann. Die neue Regierung wird dieses Problem ernsthafter angehen als es vorherige taten.

Die Politik gegenüber dem **Iran** hat zu Unstimmigkeiten zwischen Europa und Amerika geführt, und das könnte so bleiben. Viel wird vom Ausgang der diesjährigen Präsidentschaftswahlen abhängen. Aber die Amerikaner sind enttäuscht von Präsident Mohammed Khatami. Seine innenpolitischen Reformen wurden bisher von den orthodoxen Geistlichen blockiert, und in den Augen der Amerikaner bleibt die iranische Außenpolitik gefährlich. Der Iran bemüht sich nach wie vor um Massenvernichtungswaffen und die entsprechenden Trägersysteme. Er unterstützt auch noch immer terroristische Gruppierungen und radikale Extremisten, die den arabisch-israelischen Frieden sabotieren wollen. Präsident Khatami hat sich persönlich mit dieser Politik identifiziert. Das Angebot der Clinton-Regierung für einen offiziellen amerikanisch-iranischen Dialog genießt in Amerika überparteiliche Unterstützung, aber das iranische Regime war bisher strukturell nicht in der Lage, auf dieses Angebot zu antworten.

Die amerikanische Politik gegenüber **Russland** wird wahrscheinlich von einem neuen Realismus gekennzeichnet sein. Viele Amerikaner, speziell in den Reihen der Republikaner, sind der Meinung, dass sich die Russlandpolitik Clintons zu sehr an Russlands Entwicklung orientierte, die man ohne große Wirkung zu manipulieren versuchte. Dabei bezog man sich zu wenig auf die nach außen gerichteten Aktionen Russlands, die sich auf die westlichen Interessen auswirkten.<sup>11</sup> Bill Clinton stellte sich – metaphorisch gesagt – in eine Reihe mit Persönlichkeiten wie Boris Jelzin, er lobte sie (oft fälschlich) als „Reformer“, und das Ergebnis war, dass sich schließlich die Amerikaner in den Augen der Russen mit einer fehlgeschlagenen Politik und korrupten Individuen identifizieren. Eine republikanische Regierung wird die Russen wahrscheinlich weniger sentimental betrachten; sie wird große

---

11 Russia's Road to Corruption: How the Clinton Administration Exported Government Instead of Free Enterprise and Failed the Russian People. Hg. von der Speaker's Advisory Group on Russia. U.S. House of Representatives, Washington, D.C., 20.9.2000. Vgl. auch Condeeza Rice: a.a.O., S. 57–58

Hoffnung in die demokratische Entwicklung Russlands legen, aber sich auf das Verhalten nach außen konzentrieren – besonders auf den Transfer gefährlicher Waffen in den Iran und nach China.

Kleine Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Moskau sind daher vorhersehbar. Auch die Frage der Raketenabwehr und die NATO-Erweiterung werden Quellen für Konflikte sein. Die Regierung Bush bemüht sich, die günstige strategische Balance zu bewahren, als die man die Hinterlassenschaft am Ende des Kalten Krieges bezeichnen könnte. Die Pläne für eine amerikanische Raketenabwehr wurden keineswegs durch irgendwelche „Drohungen“ aus Russland ausgelöst, sondern wie betont durch andere strategische Herausforderungen. Präsident Bush hat seinen Wunsch nach einer Verringerung des Arsenal an Nuklearwaffen in Amerika und Russland zum Ausdruck gebracht.<sup>12</sup>

Condoleezza Rice bringt die Haltung der neuen Regierung gegenüber Russland in folgenden Worten zum Ausdruck: „Russland ist eine Großmacht, mit der wir immer wieder gemeinsame und konfliktbeladene Interessen haben werden.“<sup>13</sup> Unter diesem klassischen Ansatz ist Russland eine Macht, mit der man einen regelmäßigen Dialog über gegenseitige Interessen führen muss, und es ist keine Vorherbestimmung, dass wir wieder strategische Gegner sind. Nimmt man als Beispiel den Streit über die Raketenabwehr, so hat der Misserfolg Präsident Putins bei dem Versuch, die europäischen Verbündeten in dieser Frage von Washington abzuspalten, in Wirklichkeit die Aussichten für ein endgültiges Verständnis zwischen Washington und Moskau in dieser Angelegenheit erhöht.

**China** ist eine sehr komplexe Frage. Während sich Bill Clinton offen zu einer „konstruktiven strategischen Partnerschaft“ mit China bekannte,<sup>14</sup> betrachtet Präsident Bush China eher als „Konkurrenten“, nicht als Feind, sondern als eine aufsteigende globale Macht im klassischen Sinn. Seine Meinung: „Wir müssen China ohne schlechte Hintergedanken, aber auch ohne Illusionen sehen.“<sup>15</sup> In den chinesisch-amerikanischen Beziehungen entwickeln sich unübersehbare Zeichen von Rivalität, die in der ständigen Kritik Chinas am Bündnissystem Amerikas im asiatisch-pazifischen Raum zum Ausdruck kommen. China versucht auch, dieses Bündnissystem als nicht legitim hinzustellen.<sup>16</sup> Dennoch sind die Vereinigten Staaten und ihre Bündnispartner in dieser Region sehr stark, sie werden das internationale Umfeld gestalten, in dem China auftreten und an das sich China anpassen müssen wird. Präsident Bush hat eine konstruktive Annäherung versprochen. Beim Empfang des chinesischen Vizepremierministers Qian Qichen im Weißen Haus im März 2001 versprach er:

In allen Meinungsverschiedenheiten werden wir uns mit gegenseitigem Respekt begegnen. Ich werde entschlossen und fest sein und dasselbe erwarte ich von ihm, aber wir werden es in einer respektvollen Weise tun. Es ist im größten Interesse unseres Staates, dass wir gute Beziehungen zu China unterhalten.<sup>17</sup>

---

12 George Bush: New Leadership on National Security. Statement. Washington, D.C., 23.5.2000

13 Condoleezza Rice: a.a.O., S. 59

14 Vgl. Bill Clinton: A National Security Strategy for a New Century. The White House, Washington, D.C., Oktober 1998, S. 43

15 George Bush: Remarks at the Reagan Library

16 China's National Defense in 2000 (White Paper). Hg. vom State Council of the People's Republic of China. Beijing, 16.10.2000, Section I: The Security Situation.

17 George W. Bush: Remarks by the President and Vice Premier of China Qian Qichen in Photo Opportunity. The White House, Washington, D.C., 22.3.2001

Wahrscheinlich wird die amerikanische Politik eine Kombination aus Abschreckung durch die Streitkräfte und positiven Möglichkeiten etwa in der Handelspolitik sein. George Bush und die republikanischen Abgeordneten haben sich für die Aufnahme Chinas in die World Trade Organization (WTO) und für die permanente Gewährung der Meistbegünstigungsklausel im Handel im Rahmen der amerikanischen Gesetze sehr stark eingesetzt.

### **Zusammenfassung**

Die Außenpolitik von George Bush wird insgesamt selbstbewusst und realistisch sein. Vielleicht wird sie in ihrer Rhetorik und ihrem Stil etwas zurückhaltender sein, was die kooperativen Beziehungen zu anderen Staaten erleichtern könnte. Sie wird sich auch nicht rechtfertigen, wenn es um die Verteidigung vitaler Interessen geht. Sie wird ein starkes globales Engagement für Sicherheit und Frieden zeigen und ein klares Bekenntnis zu den traditionellen Bündnissen und Freundschaften der Vereinigten Staaten ablegen.

Die Clinton-Regierung hatte für eine Reihe von Fragen ihre innenpolitische Unterstützung verloren: Chinapolitik, Rüstungskontrolle, militärische Interventionen. Ihre Variante von Internationalismus lief zu Hause auf Grund. Aber es ist in der amerikanischen Politik schon öfter der Fall gewesen, dass republikanische Präsidenten einen besseren innenpolitischen Konsens und mehr Unterstützung für ihre Abkommen erreichen, auch wenn sie oft hart mit anderen Nationen verhandeln. George W. Bush steht klar in der Tradition moderner republikanischer Präsidenten. Und wenn seine Variante des Internationalismus tatsächlich mehr Zustimmung in der Öffentlichkeit und im Kongress erfährt, so wird diese Tatsache dazu beitragen, dass Amerika auch weiterhin und konstruktiv auf der Weltbühne agieren wird.

Peter W. Rodman

Director of National Security Programs at  
The Nixon Center  
in Washington.

He has served as a Deputy Assistant to the President  
for National Security Affairs and also as Director of the State

Übersetzung aus dem Englischen: Edda Engelke